

# Inhaltsverzeichnis

<b>Erster Teil</b>	<b>25</b>
Kapitel 1: Einleitung	25
§ 1 Renaissance von Nachhaltigkeitsthemen auf der Hauptversammlung	25
§ 2 Entwicklung des Nachhaltigkeitsbegriffs im Recht	27
I. Gemeinwohlbezüge im deutschen Aktienrecht	27
II. Entwicklung zu einem thematisch umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff	28
III. Nachhaltigkeitsbegriff und Nachhaltigkeitsziele des Europäischen Gesetzgebers	29
§ 3 Gesetzlicher Nachhaltigkeitsdruck auf die Aktiengesellschaft	30
I. Einführung in die Berichts- und Handlungspflichten und Gang der Darstellung	30
II. Entwicklungsgeschichte der Gesetzgebung mit Nachhaltigkeitsbezug	31
1. Anfänge der Europäischen Gesetzgebung	31
2. Gesetzgebung unter der Sustainable Finance Strategie und dem Green Deal	32
a) Nachhaltigkeitsdruck durch Transparenzpflichten	32
b) Nachhaltigkeitsdruck durch Handlungspflichten	34
3. Ausblick: Omnibus I-Paket zur Nachhaltigkeitsgesetzgebung	34
III. Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung	36
1. Ablösung der Berichtspflichten der NFRD durch die CSRD	36
2. Berichtsverpflichtete Aktiengesellschaften	36
3. Publizität und Darstellung des Nachhaltigkeitsberichts	37
4. Prüfung des Nachhaltigkeitsberichts	38

5. Inhalt der Berichtspflichten zu Nachhaltigkeitsaspekten	39
a) Überblick über das Berichtskonzept	39
b) Konzept- und Strategieberichterstattung	41
c) Beschreibung der Due Diligence Prozesse und Risikoberichterstattung	42
IV. Ergänzende Berichtspflichten nach der Taxonomie Verordnung	44
V. Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	45
1. Sorgfaltspflichten aus dem LkSG	45
2. Ausblick: Sorgfaltspflichten aus der CSDDD	47
VI. Nachhaltigkeitsaspekte in der Entsprechenserklärung zum DCGK 2022	48
§ 4 Wirtschaftlicher Nachhaltigkeitsdruck auf die Aktiengesellschaft	49
I. Mittelbarer Druck über Transparenzpflichten für Finanzmarktteilnehmer	49
II. Mittelbarer Druck über weitere Marktakteure	50
§ 5 Gesetzlicher Druck auf Aktionäre zur Kontrolle von Nachhaltigkeitsaspekten	52
I. Transparenzpflichten zur aktiven Mitwirkung institutioneller Aktionäre	52
II. Transparenzpflichten zur Nachhaltigkeitsleistung institutioneller Aktionäre	54
III. Handlungspflichten zur Nachhaltigkeitsleistung institutioneller Aktionäre	54
IV. Privataktionäre als nachhaltigkeitsbewusste Anleger	55
§ 6 Der aktuelle Trend von Aktionärsinitiativen mit Nachhaltigkeitsthema	56
I. Einführung und Gang der Darstellung	56
II. Formen der Aktionärsinitiativen	57
III. Wirtschaftlicher Hintergrund	60

Kapitel 2: Ziele der Arbeit und Gang der Untersuchung	62
§ 1 Ziele der Arbeit: Der Aktionär und seine Einflussmöglichkeiten im Transformationsprozess der Aktiengesellschaft	62
§ 2 Eingrenzung der Untersuchung	63
I. Beschränkung auf ein ökologisches Nachhaltigkeitsverständnis	63
II. Beschränkung auf große börsennotierte und realwirtschaftende Aktiengesellschaften	63
§ 3 Gang der Untersuchung	64
 <b>Zweiter Teil</b>	 67
Kapitel 1: Informationskompetenzen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	67
§ 1 Überblick und Untersuchungsziele	67
§ 2 Einfluss der Hauptversammlung auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung	68
I. Einführung und Gang der Darstellung	68
II. Kein Einfluss der Hauptversammlung auf den Inhalt	68
1. Keine Hauptversammlungskompetenz für den Nachhaltigkeitsbericht	68
2. Unzulässigkeit von Beschlussvorschlägen	70
3. Unzulässigkeit von Satzungsklauseln	71
a) Entscheidung des <i>OLG Braunschweig</i> zur statutarischen Berichtspflicht	71
b) Statutarische Berichtspflicht zu Nachhaltigkeitsaspekten als Satzungsergänzung	72
c) Kein zulässiges Auskunftsrecht außerhalb der Hauptversammlung	73
d) Abschließende Vorstandskompetenz zur Öffentlichkeitskommunikation	75
4. Theoretische Möglichkeit der Vorstandsvorlage	75

III. Einfluss der Hauptversammlung auf die Prüfung	76
1. <i>De lege lata</i> kein Einfluss	76
a) Keine Hauptversammlungskompetenz für die Prüfung des Nachhaltigkeitsberichts	76
b) Unzulässigkeit von Beschlussvorschlägen	77
c) Unzulässigkeit von Satzungsklauseln	78
2. Ausblick: <i>De lege ferenda</i>	
Hauptversammlungskompetenz zur Prüferbestellung	79
IV. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit der Feststellung des Jahresabschlusses	80
§ 3 Aktionärsfragen zu Nachhaltigkeitsaspekten	82
I. Einführung und Gang der Darstellung	82
II. Nachhaltigkeitsaspekte als Gesellschaftsangelegenheit	83
III. Erforderlichkeit der Aktionärsfrage	84
1. Allgemeine Maßstäbe und das Verhältnis zum Nachhaltigkeitsbericht	84
a) Allgemeine Maßstäbe zur Erforderlichkeit	84
b) Auswirkungen der §§ 289b ff. HGB auf die Erforderlichkeit	85
2. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses	86
3. Verwendung des Bilanzgewinns	88
4. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat	89
a) Allgemeine Maßstäbe	89
b) Fragen zur Nachhaltigkeitsstrategie	90
c) Fragen zur Compliance und Risikomanagement	92
d) Fragen zur Nachhaltigkeitsexpertise	93
5. Wahl zum Aufsichtsrat und Abberufung	94
6. Voten zum Vergütungssystem und Vergütungsbericht	96
7. „Say on Climate“ Beschlüsse auf Initiative des Vorstands	97
IV. Auskunftsverweigerungsrecht aus § 131 Abs. 3 Nr. 1 AktG	98
1. Allgemeine Maßstäbe und das Verhältnis zu § 289e HGB	98
2. Reputationsnachteile	99
3. Aufdeckung von Pflichtverletzungen	100
4. Klimaklagen	101

5. Keine Bedeutung ungeschriebener Auskunftsverweigerungsrechte	101
V. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	102
§ 4 Nachhaltigkeitsthemen als Gegenstand der Sonderprüfung	105
I. Einführung und Gang der Darstellung	105
II. Nachhaltigkeitsstrategie	106
III. Sorgfaltspflichten in der Lieferkette	107
IV. Nachhaltigkeitsbericht	107
1. <i>De lege lata</i> aktienrechtliche Sonderprüfung möglich	107
2. Ausblick: <i>De lege ferenda</i> aktienrechtliche Sonderprüfung ausgeschlossen	108
V. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	109
§ 5 Zusammenfassung Kapitel 1	111
Kapitel 2: Mitsprachekompetenzen im Hinblick auf die Nachhaltigkeitsstrategie	113
§ 1 Überblick und Untersuchungsziele	113
§ 2 Die Nachhaltigkeitsstrategie der Aktiengesellschaft	114
I. Einführung und Gang der Darstellung	114
II. Vorstandskompetenz für die Nachhaltigkeitsstrategie	115
1. Leitungsermessen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten	115
2. <i>De lege lata</i> keine Rechtspflicht für eine Nachhaltigkeitsstrategie	117
a) Legalitätspflichten als Mindeststandard der Nachhaltigkeitsstrategie	117
b) Völkerrecht, Unionsrecht und nationales Verfassungsrecht	118
c) Berichtspflichten nach §§ 289b ff. HGB und Art. 8 Taxonomie VO	119
d) Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	120
e) Deutscher Corporate Governance Kodex 2022	121
3. Ausblick: <i>De lege ferenda</i> materielle Pflicht zur Entwicklung einer Klimastrategie	122

III. Keine Hauptversammlungskompetenz für die Nachhaltigkeitsstrategie	125
1. Keine Hauptversammlungskompetenz aus § 58 Abs. 3 S. 2 AktG	125
2. Keine ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz	126
a) Keine Kompetenz nach <i>Holzmüller-Gelatine-Grundsätzen</i>	126
b) Stellungnahme: Auch bei „radikaler Umstellung“ des Geschäftsmodells keine Ausnahme	127
aa) Unscharfe Subsumtionskriterien	127
bb) Spannungen zur Satzungskompetenz der Hauptversammlung	128
§ 3 Indirekter Einfluss der Hauptversammlung auf die Nachhaltigkeitsstrategie	129
I. Einführung und Gang der Darstellung	129
II. Direkter Einfluss nur über Beschlussvorschläge zur Satzungsänderung	130
III. Indirekter Einfluss über andere Beschlussgegenstände	131
1. Einführung und Gang der Darstellung	131
2. Verwendung des Bilanzgewinns	131
a) Regelfall der Gewinnausschüttung	131
b) Gewinnthesaurierung	132
c) Gewinnvortrag	134
d) Andere Gewinnverwendung	135
e) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	136
3. Weitere Tagesordnungspunkte	137
§ 4 Meinungskundgabe der Aktionäre zur Nachhaltigkeitsstrategie	139
I. Einführung und Gang der Darstellung	139
II. Meinungskundgabe des Einzelaktionärs	139
1. Über das Rederecht	139
a) Kritische Wortbeiträge zur Nachhaltigkeitsstrategie	139
b) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	141

2. Über das Gegenantragsrecht	142
a) Kritik an der Nachhaltigkeitsstrategie in der Gegenantragsbegründung zur Entlastung	142
b) Gegenantragsfähigkeit von „Say on Climate“ Beschlüssen	144
c) Entfallen der Veröffentlichungspflicht eines Gegenantrags zur Entlastung	145
d) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	146
III. Meinungskundgabe der Hauptversammlung – „Say on Climate“	147
1. Einführung und Gang der Darstellung	147
2. Konsultative Ergänzungsverlangen	149
a) Meinungsstand zur Zulässigkeit in Geschäftsführungsfragen	149
b) Stellungnahme: Keine Initiativkompetenz der Hauptversammlung	150
aa) Faktischer Druck auf die Vorstandskompetenz	150
bb) Systematik des Konsultationsbeschlusses	151
cc) Entgegenstehender Wille des historischen Gesetzgebers	152
dd) Entgegenstehender Wille des zeitgenössischen Gesetzgebers	154
ee) Keine abweichende Auslegung nach europäischen Recht	156
3. Praktisch relevante (?) Möglichkeit der konsultativen Vorstandsvorlage	157
4. Beschlusslose Ergänzungsverlangen	159
a) Meinungsstand zur Zulässigkeit in Geschäftsführungsfragen	159
b) Stellungnahme: Keine Initiativkompetenz der Hauptversammlung	161
aa) Marginale Unterschiede zum Redebeitrag zur Klimastrategie in der Generaldebatte?	161
bb) Spannungen zu den Mitwirkungskompetenzen der Hauptversammlung	161

cc) Spannungen zur Überwachungskompetenz des Aufsichtsrats	162
dd) Spannungen zur Leitungskompetenz des Vorstands	163
5. Theoretische Möglichkeit der beschlusslosen Vorstandsvorlage	164
§ 5 Anfechtbarkeit eines „Say on Climate“-Beschlusses	165
I. Grundsätzliche Anfechtungsmöglichkeit	165
II. Keine Anfechtung wegen Inhaltsmängeln	167
III. Anfechtung wegen Verfahrensmängeln	168
§ 6 Zusammenfassung Kapitel 2	169
Kapitel 3: Personalkompetenzen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	172
§ 1 Überblick und Untersuchungsziele	172
§ 2 Wahl eines nachhaltigkeitsbewussten Aufsichtsrats	173
I. Einführung und Gang der Darstellung	173
II. Nachhaltigkeitsexpertise als Amtsvoraussetzung	175
1. Nachhaltigkeitsexpertise im Gesamtorgan	175
2. Verbreitung und Regelungen zur Nachhaltigkeitsexpertise	176
3. Konkretisierung des Begriffs der Nachhaltigkeitsexpertise	177
III. Einfluss der Hauptversammlung auf die Nachhaltigkeitsexpertise	178
1. Keine Bindung an die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats	178
2. Beschlussvorschläge der Aktionäre	179
a) Wahlvorschläge für die Anteilseignervertreter	179
b) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	180
3. Satzungsklauseln	181
a) Statutarische Nachhaltigkeitsquote nach dem Vorbild des § 100 Abs. 5 AktG	181
b) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	183



IV. Kein Einfluss der Hauptversammlung auf die Amtsorganisation	184
V. Anfechtungsrisiken im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	186
1. Maßstäbe zur Anfechtung des Wahlbeschlusses und Gang der Darstellung	186
2. Empfehlungen C.1 und D.3 DCGK 2022 zur Nachhaltigkeitsexpertise	187
3. Statutarische Nachhaltigkeitsexpertise	187
4. Treuepflicht bei der Wiederwahl	188
5. Fehlerhafte Aktionärsinformation	189
a) Allgemeine Maßstäbe zur Anfechtungsrelevanz von Informationsmängeln	189
b) Fragerecht des Einzelaktionärs	190
c) Aufsichtsratsbericht	191
d) Nachhaltigkeitsbericht	192
6. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	193
§ 3 Einfluss der Hauptversammlung auf den nachhaltigkeitsbewussten Vorstand	194
I. Einführung und Gang der Darstellung	194
II. Einfluss auf die Nachhaltigkeitsexpertise	195
1. Meinungsstand zur Zulässigkeit statutarischer Anforderungsprofile	195
2. Stellungnahme: Zulässigkeit nur als unverbindliche Auswahlrichtlinie	196
3. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	198
III. Einfluss auf die Amtsorganisation	199
1. Statutarisches Nachhaltigkeitsressort	199
2. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	201
§ 4 Nachhaltigkeitsaspekte im Entlastungsbeschluss	202
I. Einführung und Gang der Darstellung	202

II. Entlastungsverweigerung als Sanktion einer schlechten Nachhaltigkeitsleistung	203
1. Entlastungsermessen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten	203
2. Betonung von Nachhaltigkeitsaspekten im Entlastungsvotum	204
a) Aussagekraft des Entlastungsvotums	204
b) Einzelentlastung des „Chief Sustainability Officers“	205
c) Keine Ausklammerung der Nachhaltigkeitsstrategie im Wege der Teilentlastung	206
3. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	207
III. Anfechtungsrisiken im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	208
1. Maßstäbe zur Anfechtung der Entlastung und Gang der Darstellung	208
2. Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie	210
3. Management von Nachhaltigkeitsrisiken	211
4. Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung	213
5. Überwachung der Nachhaltigkeitsthemen durch den Aufsichtsrat	215
6. Fehlerhafte Aktionärsinformation	216
a) Allgemeine Maßstäbe zur Anfechtungsrelevanz von Informationsmängeln	216
b) Fragerecht des Einzelaktionärs	217
c) Aufsichtsratsbericht	217
d) Nachhaltigkeitsbericht	219
7. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	220
§ 5 Einfluss der Hauptversammlung auf die Amtsbeendigung	221
I. Vertrauensentzug gegenüber dem Vorstand	221
II. Abberufung des Aufsichtsrats	222
III. Bewertung als Instrumente zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	223
§ 6 Zusammenfassung Kapitel 3	224

Kapitel 4: Vergütungskompetenzen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	227
§ 1 Überblick und Untersuchungsziele	227
§ 2 Zulässigkeit und Verbreitung nachhaltiger Vergütungsbestandteile	227
I. Vorstandsvergütung	227
1. <i>De lege lata</i> keine Pflicht zur nachhaltigen Vorstandsvergütung	227
2. Praktische Verbreitung der nachhaltigen Vorstandsvergütung	229
II. Aufsichtsratsvergütung	231
III. Ausblick: Vergütungsgestaltung <i>de lege ferenda</i>	232
§ 3 Einfluss der Hauptversammlung auf die nachhaltige Vorstandsvergütung	233
I. Einführung und Gang der Darstellung	233
II. Aufsichtsratskompetenz für die Vergütungsgestaltung	234
III. Punktuelle Hauptversammlungskompetenz für die Vergütungsgestaltung	235
1. Beschlusskompetenzen der Hauptversammlung zur Vorstandsvergütung	235
2. Kein Einfluss über die Herabsetzung der Maximalvergütung	236
3. Einfluss über den Zustimmungsbeschluss zu Aktienoptionen	237
IV. Satzungsklauseln	239
1. Meinungsstand zur Zulässigkeit statutarischer Vergütungsrichtlinien	239
2. Stellungnahme: Nur unverbindliche Vergütungsrichtlinie	240
3. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	241
V. Möglichkeit der Aufsichtsratsvorlage § 119 Abs. 2 AktG analog?	241
VI. Meinungskundgabe der Hauptversammlung – „Say on Pay“	242
1. Einführung und Gang der Darstellung	242

2. Beschlussfassung zum Vergütungssystem	244
a) Nachhaltigkeitsbezüge im Vergütungsvotum	244
b) Aussagekraft des Hauptversammlungsvotums	245
c) Unzulässigkeit von Beschlussvorschlägen	246
3. Beschlussfassung zum Vergütungsbericht	247
a) Aussagekraft des Hauptversammlungsvotums	247
b) Nachhaltigkeitsbezüge im Vergütungsvotum	248
4. Bewertung als Instrumente zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	249
§ 4 Einfluss der Hauptversammlung auf die nachhaltige Aufsichtsratsvergütung	251
I. Hauptversammlungskompetenz für die Vergütung	251
II. Gestaltungsmöglichkeiten für die nachhaltige Vergütung	252
1. Einzelfallabhängige Zweckmäßigkeit	252
2. Variable Vergütungsbestandteile	253
3. Malus- und Clawback-Klauseln	254
4. Aufgabenbezogene Vergütungs differenzierung	255
III. Keine Anfechtungsrisiken in Bezug auf nichtfinanzielle Vergütungsbestandteile	256
§ 5 Zusammenfassung Kapitel 4	257
Kapitel 5: Satzungskompetenzen im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte	259
§ 1 Überblick und Untersuchungsziele	259
§ 2 Satzungsklauseln zum Vorstandshandeln	259
I. Einführung und Gang der Darstellung	259
II. Hauptversammlungskompetenz für Unternehmensgegenstand und -zweck	263
1. Grenzen der Satzungsautonomie im Unternehmensgegenstand	263
2. Grenzen der Satzungsautonomie im Unternehmenszweck	264
3. Grenze der Unzulässigkeit von Einzelfallweisungen	265
4. Erforderliche Beschlussmehrheit	265

III. Nachhaltigkeitsaspekte im Unternehmenszweck	266
1. Klima- und Umweltschutzaspekte als Zweckbestimmung	266
2. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	268
IV. Nachhaltigkeitsaspekte im Unternehmensgegenstand	269
1. Meinungsstand in der Literatur und Gang der Darstellung	269
2. Maßstäbe zur zulässigen Begrenzung des Unternehmensgegenstands	270
3. Klimafreundliche Arten von Produkten	273
4. Klimafreundliche Arten von Produktionsmethoden	274
5. Notwendige Mehrheitserfordernisse, kein Zweckmäßigkeitvorbehalt des Vorstands	276
6. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	277
V. Zielvorgaben außerhalb von Unternehmenszweck und Unternehmensgegenstand	278
1. Einführung und Gang der Darstellung	278
2. Ermächtigende Zielvorgaben zur nachhaltigen Unternehmensführung	279
a) Begriffsverständnis und Verbreitung	279
b) Zulässige Erweiterung der Vorstandskompetenzen	281
c) Notwendige Mehrheitserfordernisse	282
d) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	283
3. Verpflichtende Zielvorgaben zur nachhaltigen Unternehmensführung	284
a) Begriffsverständnis	284
b) Meinungsstand zur Zulässigkeit verpflichtender Zielvorgaben	285
c) Stellungnahme: Grundsätzliche Unzulässigkeit verpflichtender Zielvorgaben	286
aa) Satzungscompetenz für Unternehmensgegenstand und Unternehmenszweck	286

bb) Keine Satzungskompetenz „bis zum Kernbereich der Leitungsautonomie“	288
d) Zielvorgaben als ausnahmsweise zulässige Konkretisierung des Unternehmenszwecks	289
e) Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	291
§ 3 Satzungsklauseln zum Aufsichtsratshandeln	291
I. Einführung und Gang der Darstellung	291
II. Hauptversammlungskompetenz für den statutarischen Aufsichtsratsvorbehalt	293
III. Gestaltungsmöglichkeiten für Nachhaltigkeitsaspekte im Aufsichtsratsvorbehalt	294
1. Nachhaltigkeitsstrategie	294
a) Meinungsstand zur Vorbehaltsfähigkeit von Planungsentscheidungen	294
b) Stellungnahme: Nur konkretisierte Planungsentscheidungen als Vorbehaltsgeschäft	295
c) Unzulässigkeit eines Globalvorbehalts zur Nachhaltigkeitsstrategie	297
d) Vorbehaltsfähigkeit einzelner ökologische Zielplanungen	297
2. Nichtfinanzielle Kennzahlen	298
3. Ungeeignete Vorbehaltsgegenstände	299
IV. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	300
§ 4 Statutarische Nachhaltigkeitsbeiräte	301
I. Nutzungsmöglichkeiten von Beiräten bei Nachhaltigkeitsthemen	301
II. Hauptversammlungskompetenz für beratende Beiräte	302
III. Bewertung als Instrument zur Einflussnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie	303
§ 5 Zusammenfassung Kapitel 5	304

<b>Dritter Teil</b>	307
Kapitel 1: Abschließende Gesamtbetrachtung	307
§ 1 Erkenntnisse aus Kapitel 1: Informationskompetenzen	307
§ 2 Erkenntnisse aus Kapitel 2: Mitsprachekompetenzen	308
§ 3 Erkenntnisse aus Kapitel 3: Personalkompetenzen	310
§ 4 Erkenntnisse aus Kapitel 4: Vergütungskompetenzen	311
§ 5 Erkenntnisse aus Kapitel 5: Satzungskompetenzen	312
§ 6 Gesamtergebnis der Untersuchung des Zweiten Teils	313
§ 7 Betrachtung des Gesamtergebnisses im Lichte der CSRD und CSDDD	314
Kapitel 2: Ausblick – Mögliche Reformansätze für eine „Begrünung“ der Hauptversammlung	316
§ 1 Überblick und Ziel des Ausblicks	316
§ 2 Meinungsspektrum zur Reform	317
I. Überblick zum Meinungsstand	317
II. Reformvorschläge für Gesetzesänderungen	317
1. Keine Entscheidungskompetenz der Hauptversammlung	317
2. Konsultationsbeschlüsse in Geschäftsführungsfragen	318
3. Gesetzliches „Say on ESG“	319
4. Gesetzliches „Say on Climate“	320
III. „Say on Climate“ als Anregung im DCGK	320
IV. Gegenstimmen der Reformen	321
§ 3 Die „begrünte Hauptversammlung“ im Kompetenzgefüge der Aktiengesellschaft	322
I. Ausgangspunkt der Bewertung der Reformvorschläge	322
II. Konsultationsbeschlüsse und die Gefahr eines „Say on Everything“	323
1. Stellungnahme: Zu große Brüche im Kompetenzgefüge der Aktiengesellschaft	323
2. Spannungen zur Leitungs- und Geschäftsführungskompetenz des Vorstands	324

3. Spannungen zur Überwachungskompetenz des Aufsichtsrats	326
4. Spannungen zur Satzungskompetenz der Hauptversammlung	327
III. „Say on ESG“ und die Gefahr eines „Say on Everything“	328
1. Stellungnahme: Geringe Mitsprache und große Spannungen im Kompetenzgefüge	328
2. Zweckmäßigkeit eines Votums zum Nachhaltigkeitsbericht	329
3. Aussagekraft eines Votums zur Nachhaltigkeitsstrategie	329
4. Jährliche Grundsatzdiskussionen zur Strategieplanung	331
IV. „Say on Climate“ als punktuell „begründete“ Hauptversammlungskompetenz	332
1. Stellungnahme: Keine überwiegenden rechtlichen Vorteile einer Beschlusskompetenz	332
2. Abgrenzbare Initiativ- und Beschlusskompetenz	333
3. „Organadäquanz“ der Hauptversammlung	335
a) Fehlende Expertise und Einfluss von Partikularinteressen als grundlegende Vorbehalte	335
b) Expertise bei der Klimastrategie	335
c) Geringere Auswirkungen wechselnder Mehrheiten bei gesetzlichen Klimazielen	337
4. Vorteile eines gesetzlichen „Say on Climate“	338
a) Legitimationswirkung gegenüber der Verwaltung?	338
b) Verbesselter Austausch und formelle Gleichbehandlung der Aktionäre?	340
c) Einheitliche Informationsgrundlage und Transparenz nach Außen?	342
V. „Say on Climate“ als DCGK-Anregung	343
1. Stellungnahme: Anstoß zur Selbstregulierung zum Sammeln von Reformwissen	343
2. Vorteile einer DCGK-Anregung im Vergleich zum gesetzlichen „Say on Climate“	343
a) Hinreichende Beschlussvorbereitung	343



b) Filterfunktion für sinnvolle Abstimmungsbegehren	344
c) Kein Fremdkörper im Gesetz	345
d) Kein dringendes Reformbedürfnis im Lichte der Europäischen Gesetzgebung	345
3. Vorteile einer DCGK-Anregung im Vergleich zur Nicht-Regulierung	347
a) DCGK-Anregung als Appel zur Selbstregulierung	347
b) Signalwirkung der DCGK-Anregung aus Aktionärssicht	348
c) Verringerte Rechtsunsicherheiten mit einer DCGK-Anregung aus Vorstandssicht	348
d) Reputationsvorteile aufgrund der DCGK-Anregung aus Vorstandssicht	350
§ 4 Zusammenfassung des Ausblicks	350
 <b>Zusammenfassung in Thesen</b>	 353
 <b>Literaturverzeichnis</b>	 369